

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Egon Bahr MdB, SPD-Präsidiumsmitglied, erläutert seine Position in der Sicherheits- und Abrüstungsdebatte.

Seite 1-4

Piet Dankert MdEP, Präsident des Europa-Parlaments, stellt Gedanken vor, wie Europa aus seiner Krise herausfinden könnte.

Seite 5-7

Dieter Haack MdB, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, wirft der bayerischen Staatsregierung Spiel mit falschen Zahlen vor.

Seite 8

37. Jahrgang / 76

22. April 1982

Kriege sind heute irreparabel geworden

Zur Diskussion in der SPD über den NATO-Doppelbeschluss

Von Egon Bahr MdB
SPD-Präsidiumsmitglied

Wir haben 1969 bewußt gesagt: Wir wollen einen Zustand in Europa herbeiführen, in dem der Friede nicht sicherer wird, sondern sicher. Und wir haben gesagt, daß wir dazu drei Schritte brauchen. Der erste Schritt war der der bilateralen Ostverträge, das heißt jener Verträge, durch die wir das Feld geklärt haben, damit aus den Problemen der Vergangenheit nicht neue Gefahren entstehen sollten. Danach kam die multilaterale Frage der Übertragung des Prinzips des Gewaltverzichts auf die europäische Ebene. Das war Helsinki. Dann haben wir in einem ganz frühen Stadium gesagt, daß wir dazu einen dritten Schritt brauchen, die Übertragung der Entspannungspolitik auf das militärische Gebiet, also auf den Punkt, durch Begrenzung von Rüstungen und Rüstungsreduzierung einen Zustand in Europa zu erreichen, in dem der Krieg unmöglich würde.

Mit anderen Worten: Wir kannten das Wort "MBFR" - Mutual Balanced Forces Reduction - noch nicht, aber den Kern. Ich mache dies nur deshalb deutlich, weil klar war, daß die militärische Ergänzung, also die Ergänzung durch die hardware, zu dem, was wir bilateral und multilateral vorher gemacht haben, nötig war und daß wir - ohne es so zu nennen - dies uns nur auf der Basis eines annähernden militärischen Gleichgewichtes vorstellen konnten, und daß dieser dritte Schritt nötig ist, um einen Zustand zu erreichen, in dem der Frieden in Europa nicht nur sicherer, sondern sicher wird.

Insofern ist die Koalition, wie sie 1969 begonnen hat, dem deutschen Volk - und nicht nur dem, sondern auch unseren Nachbarn - den dritten Schritt noch schuldig. Ich sehe keine andere Konstellation in unserem Lande, die in der Lage wäre, ihn zu tun.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Herstellung/Druckung
mit 100% Recycling-Papier



Auf diesem Hintergrund diskutieren wir über die heutige Situation, in der man mehr als vor zwei Jahren von der Gefahr eines Krieges spricht und in der man mehr als vor zwei Jahren sagen muß, daß die beiden Supermächte sich auf einem Kurs der Konfrontation befinden.

In der ganzen zurückliegenden überschaubaren Geschichte ist man davon ausgegangen, daß der elementare Wunsch nach Sicherheit nur erreicht werden kann, indem man stärker ist als der potentielle Gegner. Wenn man das nicht allein schafft, dann nimmt man sich dazu Verbündete. Am sichersten ist man natürlich dann, wenn man den potentiellen Gegner aufs Haupt schlägt. Der Rest ist bekannt: Es ist die Geschichte der Kriege.

Dies geht nicht mehr in einer Zeit, in der ein Irrtum, das heißt ein Krieg, nicht mehr reparabel ist, weil er den Untergang der Menschheit bedeuten könnte. Wir bekommen heute Sicherheit also nicht mehr vor dem Gegner wie in der ganzen hinter uns liegenden Geschichte, sondern wir bekommen sie nur noch mit dem Gegner. Es gibt nur noch gemeinsam Sicherheit. Der Bundeskanzler hat ja denn auch formuliert: Partnerschaft heißt, daß man den Krieg nur noch gemeinsam verhindern kann.

Wenn wir formulieren "Partnerschaft zur Sicherheit", so basiert das ja auf der Doktrin - wenn man so will -, daß es nur noch gemeinsam Sicherheit gibt. Deshalb muß man eine Partnerschaft zur Sicherheit bilden, auch mit dem potentiellen Gegner.

Ich weiß, daß das allen schwerfällt, sogar einigen Genossen bei uns, ganz sicher den Amerikanern, ganz sicher der Sowjetunion. Die Amerikaner sind nach ihrer ganzen Entwicklung, nach ihrer ganzen Geschichte im Prinzip darauf angelegt, die Besten zu sein. Aber, ich glaube, daß dies die Perspektive ist, die sich aus dem traditionellen Sicherheitsdenken der SPD, aus Spannungs- und Friedenssicherung, aus Gewaltverzicht logisch ergibt und nach vorn führt, ohne daß man heute objektiv sagen kann, wann gemeinsame Sicherheit als neue Doktrin weltweit Gültigkeit haben wird. Aber dies, finde ich, ist ein Punkt, den die Partei insgesamt als ein tragendes Element sehen muß, das nach vorn führt.

Wir müssen sehen - und das gehört zur Rationalität oder zu dem Zwang zum Verstand dazu -, daß wir diese schreckliche Situation, mit der eigenen Existenz einzustehen, nicht verändern können, weil dies allein davor bewahren könnte, die eigene Existenz aufs Spiel setzen zu müssen. Das ist der innere Kern der Abschreckung. Im Augenblick weiß ich nicht, was vom Bündnis besser gültig akzeptiert würde. Wir werden mit dieser Strategie der Abschreckung noch eine Weile zu leben haben.

Ich komme damit zu den drei Punkten, die eigentlich die Diskussion - wenn ich das und die Lage der Initiativanträge richtig sehe, die auf diesem Parteitag zur Entscheidung stehen, und zwar unabhängig von dem, was wir sonst miteinander beschließen und was in die Zukunft weist.

Zum Doppelbeschluß. Hier habe ich eine Reihe von Formulierungen gehört, die nach meiner Auffassung vergessen haben, wie die Beschlußlage der Partei ist. Zum Beispiel ist völlig klar, daß seit Berlin Beschlußlage der Partei ist, daß wir eine Politik führen wollen, die es überflüssig macht, in Europa amerikanische Raketen zu stationieren. Ich sage das deshalb, weil ich sehr herzlich darum bitten möchte, keine Formulierungen zu verwenden, die so tun, als sähen Regierung und Partei ihr erstes Ziel in der Aufrüstung, die man beschönigend "Nachrüstung" nennt. Dies unterstellt etwas, was der Diskussion nicht nur nicht gut tut, sondern objektiv falsch ist und der Beschlußlage der Partei um so weniger entspricht, als ich davon ausgehe, daß dieser Punkt des Berliner Beschlusses in München bestätigt, wenn nicht bekräftigt wird. Unser Ziel ist also nach wie vor: Null.

Wir haben gesagt, daß man dazu Verhandlungen braucht. Es ist völlig klar, daß es nicht anders als durch Verhandlungen geht. Ich wüßte nicht, wie man eine Vereinbarung entweder durch einseitige Regelungen oder irgend etwas anderes ersetzen könnte. Wir haben deshalb in Berlin ja auch sehr überzeugend gesagt, daß wir Verhandlungen fordern. Nun finden sie statt. Wir haben den Beschluß von Berlin nicht zu wiederholen; es gibt



ihn. Wir leben zur Zeit in der Situation, in der er vollzogen wird. Wir konzentrieren uns auf die Verhandlungen.

Ich finde beide Positionen, soweit sie bisher bekannt sind, - wie der Bundeskanzler einmal gesagt hat - Maximalpositionen. Mit anderen Worten: Beide müssen von den Maximalpositionen herunter, wenn es zu einem Übereinkommen kommen soll. Das gilt also dann sowohl für die amerikanische wie für die sowjetische Position, wobei ich zu der sowjetischen hinzufügen muß, daß ich sie in dieser Form nicht nur für unakzeptabel, sondern auch für gefährlich halte, und zwar aus folgendem Grund:

Angenommen, die Amerikaner würden den sowjetischen Vorschlag akzeptieren und bis 1985 600 Systeme auf beiden Seiten zugestehen, angenommen, die Amerikaner würden von ihrem Recht Gebrauch machen, selbst zu bestimmen, welche Systeme sie aufbauen wollen, würden also veraltete Flugzeuge zum Beispiel durch moderne Raketen ersetzen, dann hätten wir eine Situation, in der mit Zustimmung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten bei uns 600 Raketen stationiert werden müßten, also etwas mehr, als die NATO vorgesehen hat. Die ist für uns unakzeptabel und muß es bleiben.

Ich bin aber der Auffassung, daß die bisherige Verhandlungsphase eine Eingangsphase war. Es gibt eine ganze Reihe von Punkten, die im Grunde nicht ernsthaft verhandelt werden können, solange die Vereinigten Staaten nicht ihre SALT-Position oder, wie es neuerdings heißt, START-Position, klargemacht haben, wobei ich hoffe, daß START endlich startet. - Das hoffen wir sicher alle. - Ich glaube, daß deshalb erst in der vor uns liegenden Phase, die Mitte Mai beginnt, und wieder zwei Monate dauern wird, die ersten Verhandlungen beginnen werden.

Die Frage, ob nicht zu viel Zeit vergeudet wird, die sich manche von uns stellen, möchte ich mit einem Nein beantworten, weil die Materie, über die zu verhandeln ist, so klar und so überschaubar ist, daß der nach unserer Auffassung noch bestehende Zeitbedarf durchaus - um nicht zu sagen: dicke - ausreicht, um ein Ergebnis bis Mitte oder Herbst 1983 zu erzielen, also bis zu einem Zeitpunkt, bevor es möglich ist, hier Raketen zu stationieren. Wir haben bei den Mittelstreckenraketenverhandlungen, um die es jetzt in Genf geht, es mit einer so begrenzten Materie zu tun, die ungleich unkomplizierter ist als SALT und auch als MBFR in Wien. Mit anderen Worten: Der Zeitbedarf für ein Abkommen wird sehr viel geringer sein als der Zeitbedarf in Wien oder bei SALT gewesen ist. - Auch mit FBS.

Unsere Position jetzt ist, sich auf den Herbst 1983 zu konzentrieren. Warum? - Die Verhandlungen haben, wie wir es gefordert haben, nun endlich begonnen. Die Verhandlungen haben viel später begonnen, als wir gefordert haben, aber sie haben begonnen. Im Augenblick gibt es insoweit keinen Entscheidungsbedarf. Aber es gibt etwas anderes: Es gibt den Wunsch und, wie ich glaube, die Notwendigkeit, auf beide Seiten zu drücken, auch bis zum Herbst 1983 ein vorzeigbares Ergebnis zu erzielen.

Jetzt sagen auf der einen Seite einige: Wie kommt ihr eigentlich dazu? Übernehmt ihr euch nicht, indem ihr den beiden Supermächten vorschreiben und damit auf sie einwirken wollt, was sie tun, ob sie ja oder nein sagen sollen? Meine Antwort ist: Nein, wir übernehmen uns aus zwei Gründen nicht. Der erste Grund ergibt sich, wenn ihr euch einen Augenblick an das Vier-Mächte-Abkommen von Berlin erinnert.

Auch als es um das Vier-Mächte-Abkommen für Berlin ging, hatten wir eine Situation, in der andere verhandelt haben über eine Sache, in der wir keine direkten Rechte, aber vitale Interessen hatten. Und wir haben es verstanden, so einzuwirken, daß die vitalen Interessen von den vier, die allein das Recht hatten, akzeptiert wurden. Das heißt, wir haben unsere Interessen durchgesetzt. Wir haben im Prinzip bei aller Unvergleichbarkeit der Situation und der Materie auch jetzt eine Situation, in der wir keine Rechte haben, aber vitale Interessen, und es ist möglich, sie durchzusetzen. Warum? Das ist der zweite Punkt.

Auf dem Gebiete von atomaren Waffen teilt keine atomare Macht die Entscheidungsfähigkeit über den Einsatz von atomaren Waffen, die sie allein hat. Das wird auch weiter so bleiben. Insofern sind alle Wünsche auf atomare Abrüstung gut, aber ich zweifle an ihrem Erfolg, soweit sie sich darauf beziehen, daß die Sowjetunion und Amerika, Frankreich, Großbritannien und die Volksrepublik China auf atomare Waffen verzichten sollen.



Die werden sie noch behalten. Wir müssen damit rechnen, und keine Resolution eines Parteitages wird daran etwas ändern, wird auch nichts ändern an der objektiven Macht, die diese Staaten insofern haben und im Ernstfalle wohl auch benutzen würden. Das einzige, was die Bundesrepublik Deutschland an Fähigkeit, an Gewicht, an Souveränität hat, ist, ja oder nein zu sagen zur Stationierung solcher Waffen bei uns. Ich bitte sehr darum, sich klarzumachen, daß es sich in der Frage des Ja oder Nein zur Stationierung um die einzige Entscheidung wandelt, die die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der wirklichen atomaren Situation hat. Sowohl rechtlich wie politisch. Aber das Rechtliche ist ganz uninteressant. Das Politische ist entscheidend. Wir dürfen uns weder vom militärischen Denken zu sehr beeinflussen lassen noch vom juristischen. Die Politik bleibt immer noch die Hauptsache.

Also: Wir brauchen einen Standpunkt, der folgendes beinhaltet: Wenn wir sagen würden "Wir werden 1983 in jedem Falle stationieren", brauchten die Amerikaner nicht mehr ernsthaft zu verhandeln. Wenn wir sagen würden "Wir werden in keinem Falle stationieren", brauchten die Sowjets nicht mehr ernsthaft zu verhandeln. Wir sind uns ja sicher alle einig darüber, daß wir nicht nur die amerikanischen Raketen verhindern, sondern die sowjetischen auch wegbringen wollen.

Wenn wir heute also nein sagen würden zur Stationierung überhaupt, würde das die Chance der Verhandlungen zerstören; denn wir haben nichts zu stationieren. Jetzt ist die Frage, die von einigen gestellt wird: Glauben wir denn wirklich bei der unterschiedlichen Interessenlage, daß die Amerikaner ernsthaft verhandeln? Andere können fragen: Glaubt ihr denn wirklich, daß die Russen ernsthaft verhandeln wollen, nachdem sie schon Vorschläge gemacht haben, die zu 600 oder 300 Raketensystemen auf beiden Seiten bis 1990 führen? Meine Antwort darauf ist nur: Wir haben dies mit unserer Entscheidung über Ja oder Nein zur Stationierung 1983 in der Hand, und es gibt keinen Automatismus. Daß es keinen Automatismus gibt - das hat der Vorsitzende gesagt -, ergibt sich aus dem letzten Satz des NATO-Doppelbeschlusses.

Es gibt eine Diskussion über ein Moratorium. Ein Moratorium heißt: zeitlicher Aufschub. Es ist völlig klar - wir haben das ja schon gesehen -: Einen zeitlichen Aufschub zur Stationierung können die Russen machen, denn die haben was zu stationieren, einen zeitlichen Aufschub zur Stationierung können wir nicht machen, denn wir auf westlicher Seite haben nichts zu stationieren.

Wir müssen erkennen, daß, nachdem der sowjetische Generalsekretär erklärt hat, daß er im europäischen Teil der Sowjetunion nicht weiter stationieren will, eine westliche Entsprechung zwischen heute und dem Herbst 1983 gar nicht möglich ist. Ich kann auch nicht eine Position einnehmen, die bedeuten würde, daß ich nicht in der Lage bin, den Druck auf die Sowjetunion im Sinne unseres Verhandlungsziels aufrechtzuerhalten. Ich kann also nicht eine Position einnehmen, die bedeutet: Ich kann gar nicht 1983, selbst wenn ich wollte. Denn jemand, der objektiv nicht kann, der darf nicht ankündigen, er könnte. Er darf keine sinnlosen Drohungen machen, zumal auch die Sowjetunion - ich habe mich bewußt genau danach erkundigt - die sachliche, technische Vorbereitung weiterer Stationierung auch im europäischen Teil fortsetzt. Sie stationieren nicht mehr, aber sie setzen die Möglichkeit weiterer Stationierung technisch fort. Deshalb ist es im Sinne unseres Verhandlungsziels, natürlich auch die technische Vorbereitung insoweit fortzusetzen.

Man wird zuweilen mit dem Argument konfrontiert: Wenn erst Geld ausgegeben ist, wird dafür auch stationiert. Aber ich bitte euch, dieses Argument nicht mehr zu benutzen. Und zwar aus folgendem Grunde: Wie können wir eigentlich von der Sowjetunion verlangen, daß sie ihre produzierten Raketen verschrottet, wenn uns einige sagen: Wenn wir drei Stellungen bauen, muß stationiert werden? Das ist doch grotesk. Wir müssen doch auch bereit sein zu verschrotten. Wenn Geld für Rüstung da ist, muß es auch für Rüstungskontrolle da sein. Dann darf es jedenfalls nicht zu schade sein, für Rüstungskontrolle ausgegeben zu werden. Und außerdem ist es so, daß die Erfahrung zeigt, daß Milliarden für Antiraketensysteme ausgegeben worden sind, und beide Seiten haben dieses Geld gern verschmerzt, als sie sich verständigt haben auf den ABM-Vertrag, also auf den Vertrag, der die gegenseitige Verwundbarkeit bestätigt hat. (-/22.4.1982/ks/va)

(Auszüge eines Redebeitrages von Egon Bahr auf dem Münchner Parteitag der SPD)



Wie steht es um Europa?

Die Gemeinschaft darf nicht zum Sündenbock für alles gestempelt werden

Von Piet Dankert MdEP

Präsident des Europa-Parlaments

Wir wissen, daß es um die Gemeinschaft nicht gut steht. Dies sollte man meiner Meinung nach aber nicht darauf zurückführen, daß seit 1966 Beschlüsse einstimmig und nicht länger mehrheitlich gefaßt wurden, auch wenn dies nicht ohne eine gewisse Bedeutung ist. Die Einstimmigkeit wird erst dann zu einem echten Hindernis, wenn sie der Verwirklichung von Initiativen zur Erhaltung oder Stärkung der Gemeinschaft im Wege steht. Doch Initiativen dieser Art sind nicht allzu zahlreich.

Kritik wird an Europa genug geübt. Wenn jedoch zu diesem Europa, oder besser gesagt, zur Gemeinschaft keine Alternative besteht, dann dürfte es angezeigt sein, Initiativen zu entfalten, um, wie gesagt, die Gemeinschaft zu erhalten und zu stärken.

Warum fehlt es an solchen Initiativen? Erstens wohl deshalb, weil Europa zu sehr zum Sündenbock für nationale Fehlschläge gemacht wird oder von solchen Fehlschlägen ablenken soll. Zweitens, weil wir bei all unseren nationalen Problemen viel zu wenig Zeit haben, um uns wirklich mit den europäischen Fragen auseinanderzusetzen. Drittens, weil wir Sozialisten uns, wie ich meine, viel zu sehr über die nationalen Konzepte zur Lösung von Problemen streiten, für die es allein auf europäischer Ebene Lösungen geben kann. Wenn bei den demokratischen Sozialisten in Nordwesteuropa von einer Malaise die Rede ist - und das scheint mir der Fall zu sein -, dann auch deshalb, weil wir die internationale Dimension, die unserem Wirken als Sozialisten zugrunde liegt, immer mehr aus den Augen verlieren.

Unser europäisches Problem besteht darin, daß wir mit uns selbst so sehr beschäftigt sind, daß wir Europa nicht mehr im Blick haben und dadurch nicht in der Lage sind, die eigenen Probleme zu lösen. Dies gilt übrigens nicht nur für uns. Es gibt kaum noch einen Präsidenten des Europäischen Ministerrats, der in den zur Verfügung stehenden sechs Monaten nicht so stark von den Problemen der nationalen Politik in Anspruch genommen wird, daß noch Zeit übrigbleibt, um die anstehenden Fragen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, geschweige um neue Initiativen zu entwickeln. Dies setzt sich auch auf europäischer Ebene fort: Es gibt kaum mehr eine Ratstagung oder eine europäische Gipfelkonferenz, auf der überhaupt noch ein Beschluß zustande kommt. Bereits von einer "nützlichen Begegnung" ist die Rede, wenn beschlossen wird, eine Arbeitsgruppe einzusetzen.

Kurzum: Europa ist in der Krise und die Mitgliedsstaaten ebenfalls. Die Frage ist nur: "Wie kommen wir wieder aus dieser Krise heraus?" Wir werden keinen Ausweg finden, wenn wir immer nur erklären, daß die Lösungen auf internationaler Ebene gesucht werden müssen, und dann auf europäischen Zusammenkünften nicht bereit sind, über unsere eigenen Landesgrenzen hinauszublicken. Wir werden keinen Ausweg finden, wenn jede Frage mit einer anderen Frage verknüpft wird. Und dabei spielt es keine Rolle, welche Frage das ist. Auf diese Art wird selbst in Fällen, in denen von der Sache her keine besonderen Probleme bestehen, jeder Fortschritt blockiert, weil zum Beispiel eine Lösung in der Frage der Agrarpreise mit dem Problem der britischen Beiträge gekoppelt wird. Auf dem Papier sind sich alle einig: für Fragen der Arbeitsplätze, der Energie, der Industrie und für alle anderen politischen Probleme können nur mit internationalen Mitteln echte Lösungen gefunden werden, aber niemand wagt es, niemand hat den politischen Mut, um daraus auch die Konsequenzen zu ziehen.

Es widerspricht sozialdemokratischem Selbstverständnis, die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nur innerhalb der Grenzen eines Staates gelten zu lassen. Die Verwirklichung dieser Grundwerte auch zwischen den Völkern ist Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben und eine demokratische Entwicklung der Gesellschaften. Bereits im Erfurter Programm Eurer Partei von 1891 ist dieser elementare sozialistische Grundsatz ausgesprochen.



Die sozialistische Logik und die praktische Politik sind aber häufig zwei verschiedene Dinge, und so müssen wir gerade in der EG häufig erleben, daß trotz internationaler Bekenntnisse kurzfristige regional begrenzte Interessen die Entscheidung prägen. Dies führt dann häufig zu schlimmen Ergebnissen, die die Bürger mit Recht ärgern.

Wenn man schon von der EG mehr Ausgaben für einzelne Politikbereiche fordert - und ich halte das für notwendig, denn es gibt in der Tat viele Aufgaben, die lassen sich sinnvoll überhaupt nur in der EG lösen -, dann muß man auch die Schwierigkeiten der Finanzierung sehen. Ihr sagt, "keine Erhöhung der Ein-Prozent-Mehrwertsteuergrenze", also keine Erhöhung der wesentlichen Einnahmen der EG, sondern Finanzierung durch Verminderung der Ausgaben für die Agrarpolitik.

Das scheint mit etwas schematisch betrachtet, auch wenn ich mit Euch im Ziel, der Reduzierung der Agrarausgaben, völlig einig bin. Vor allem aber müßt Ihr sagen, wie man denn zu dieser Reduzierung der Agrarausgaben kommen soll. Die Grundlagen der EG-Agrarpolitik - und nicht nur diese - werden doch nicht von anonymen Brüsseler Bürokraten beschlossen, sondern sind das Ergebnis von Verhandlungen der Regierungen der Mitgliedsstaaten, also auch der deutschen Regierung. Ich weiß, die Bewegungsfreiheit jeder Regierung ist sehr gering bei diesen Verhandlungen, aber dann erklärt das den Bürgern. Sagt nicht, "die in Brüssel machen eine unsinnige Agrarpolitik, die wollen wir reformieren", denn der Gegensatz zwischen "die" und "wir" existiert so nicht, weder zwischen Brüssel und den Hauptstädten, noch zwischen konservativen und sozialdemokratischen Parteien.

Europa ist aber zum Glück sehr viel mehr als nur die Agrarpolitik: Für den materiellen Wohlstand der Bürger und für deren soziale Sicherheit ist die Gemeinschaft ohne Alternative! Das ist so für die Starken, und das ist auch so für die Schwachen in der EWG. Doch vor allem für die Schwachen genügt eine solche Feststellung nicht - für sie muß es neben einer nationalen auch noch eine europäische Politik geben, damit ihre Position nicht noch schwächer wird.

Ich stelle fest, daß wir in der EWG wenig solidarisch mit den Schwachen sind, ob es sich nun um Kleinbauern oder um Arbeitslose handelt. Dies allein schon gefährdet die EWG als solche. Weniger zu begrüßen, ja sogar betrüblich ist es, daß man auf demselben Europäischen Gipfel zu der Ansicht gelangte, daß die Mitgliedsstaaten versuchen sollen, dieses internationale Problem national zu lösen.

Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß jedes Land nur im Rahmen seiner Möglichkeiten handeln kann. Aber warum setzt man sich nicht zusammen und versucht, ein weiteres Auseinanderstreben der Volkswirtschaften zu verhindern. Warum wird in den Niederlanden ein eigener Beschäftigungsplan ausgearbeitet, und in Dänemark und in der Bundesrepublik Deutschland wiederum ein völlig anderer! In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß derzeit in Europa viele Initiativen geprüft werden, die der Frage nachgehen, wie eine europäische Außenpolitik zustande gebracht werden könnte. Doch mit einer Außenpolitik, die nicht auf soliden wirtschaftlichen Grundlagen steht, läßt sich nie viel ausrichten. Bei aller Würdigung des Genscher-Plans bin ich der Ansicht, daß dieser Punkt viel zu wenig Beachtung fand.

Kurz, wenn wir die EG weiterentwickeln wollen, müssen wir uns hierfür politisch einsetzen, und dieser Einsatz ist nur mit mehr finanziellen Mitteln möglich. Dies jedoch bedeutet zu gegebener Zeit eine Überschreitung der Ein-Prozent-Mehrwertsteuergrenze. Es bedeutet ferner, daß eine neue und gemeinsame Politik im sozialen und monetären sowie im wirtschaftlichen Bereich allgemein erforderlich ist.

Ich glaube nicht, daß sich unser nationales demokratisches System, ohne sich selbst schweren Schaden zuzufügen, eine Scheindemokratie auf europäischer Ebene erlauben kann. Es gibt keine Alternative zur Gemeinschaft, gut. Doch wir müssen uns dessen bewußt sein, daß eine Gemeinschaft ohne ausreichende demokratische Legitimierung innerhalb unseres demokratischen Systems keine Gemeinschaft sein kann, wie auch ein Europäisches Parlament ohne rechte Befugnisse keine Parlament sein kann. Wir brauchen mehr Haushaltsbefugnisse. Die schon 1974 zugesagten Gesetzgebungsbefugnisse stehen uns wirklich zu, und wenn wir die EG-Kommission absetzen können, so hat das nur einen Sinn, wenn wir auch bei der Ernennung der Kommissionsmitglieder unseren Einfluß geltend machen können.



Ich weiß aus Erfahrung, daß es von einem nationalen Parlament aus unmöglich ist, die europäische Politik einer ausreichenden demokratischen Kontrolle zu unterziehen. Wenn sich dies auch vom Europäischen Parlament aus weiterhin als unmöglich erweist, dann ist in der Demokratie in Westeuropa etwas faul.

Denn wir brauchen zur Durchsetzung vieler sozialdemokratischer Ziele die Europäische Gemeinschaft und insbesondere ihr Parlament! Nicht irgendein Parlament, keines, das nur als Prügelknabe für die enttäuschten Erwartungen an die EG mit einem demokratischen Feigenblatt dienen kann, sondern eine Gemeinschaft, die den Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einen neuen Sinn gibt und in der ein starkes Parlament dafür sorgen kann, daß die EG nicht länger das Instrument kleiner, transnational operierender Gruppen bleibt. Dann - und nur dann - kann die Gemeinschaft zu einem Faktor in der Welt werden, der den Frieden nach innen und außen sichert.

Und noch ein letztes: Europa muß auch mehr für seine Sicherheit tun. Die Frage ist nur: wie? Für mich gibt es darauf nur eine Antwort: Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Die Hauptdiskussionsgrundlage für die Sicherheitspolitik wurde bereits durch die Initiativen im Rahmen der politischen Zusammenarbeit und die im Genscher-Colombo-Plan erhaltenen Vorschläge geschaffen. Hierbei kommt dem Europäischen Parlament eine Schlüsselrolle zu. Tatsächlich hat das Parlament bereits die Sache in die Hand genommen: Es eröffnet die Diskussion, und es wurden Berichte über eine Reihe wichtiger Sicherheitsprobleme vorgelegt.

Das Parlament hat aber das Problem der Sicherheit bisher nur unter einzelnen Aspekten in Angriff genommen, und so fehlt noch immer eine Gesamtkonzeption als Ausgangsbasis seiner Arbeit. In den nächsten Monaten wird es einen Konsens über die Erfordernisse der europäischen Sicherheit finden und diese Probleme dabei klarer herausarbeiten müssen.

Diejenigen, die glauben, daß die Entwicklung eines europäischen Standpunkts in Fragen der Sicherheit die politischen Möglichkeiten Europas überschreitet, möchte ich lediglich fragen, ob sie eine Alternative sehen. Um die Unterstützung der Öffentlichkeit zu finden, muß sich eine Sicherheitspolitik aus den sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der Gesellschaften, die es zu schützen gilt, entwickeln und sich mit ihr identifizieren. Die Gemeinsamkeit der Interessen, die als Basis für den atlantischen Sicherheitskonnex diente, ist stark geschwunden; in Amerika und in Europa haben sich die Gesellschaften auseinanderentwickelt. Dies hatte zur Folge, daß es immer schwieriger wurde, unsere auseinanderstrebenden Interessen innerhalb der bestehenden Bündnisstruktur miteinander in Einklang zu bringen. Das heißt freilich nicht, daß der Nordatlantikpakt nicht weiterhin die Grundlage unserer gemeinsamen Sicherheit bilden kann. Bedingung dafür ist jedoch, daß er diesen grundlegenden Veränderungen Rechnung trägt. Regionale Interessen und Entwicklungen machen es unumgänglich, daß der Beitrag Europas zum Konzept der westlichen Sicherheit mehr und mehr einen spezifischen und einzigartigen Charakter annimmt.

Um ihren Fortbestand zu sichern, muß die Bündnisstruktur diese europäische Dimension einbeziehen. Die Bedürfnisse Europas können nicht mehr nur den Globalforderungen des stärksten Partners untergeordnet werden. Wir haben das Recht und die Pflicht, die Berechtigung unserer Vorstellungen von Sicherheit und Stabilität für Europa nachdrücklich herauszustellen. Doch um diese Vorstellungen zum Tragen zu bringen, müssen wir den politischen Willen haben, eine kohärente und gemeinsame Strategie zu entwickeln und zu artikulieren - angesichts dessen, worum es geht, könnte sich dies als die größte Herausforderung der Gemeinschaft in den 80er Jahren erweisen. Die Bundesrepublik und die Europäische Partei haben dabei eine Schlüsselrolle zu spielen. Ich bin davon überzeugt, daß es nicht nur Europa, sondern auch dem demokratischen Sozialismus in diesem Teil der Welt zugute kommt, wenn diese Aufgabe erfüllt wird.

(-/22.4.1982/ks/va)

+ + +

(Auszüge der Rede Plet Dankerts auf dem SPD-Parteitag in München)



Nur Mißtöne

Das Klagelied der CSU von der Vernachlässigung Bayern durch den Bund

Von Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
und stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD

Nicht müde werden offenbar die Bayerische Staatsregierung und die CSU, beständig das Klagelied von der angeblichen Benachteiligung Bayerns durch die Bundesregierung anzustimmen. Fast keine Ausgabe des CSU-Organ "Bayernkurier" erscheint ohne einen entsprechenden Beitrag. Da muß der soziale Wohnungsbau ebenso herhalten wie die Stadtsanierung oder der Fernstraßenbau, der in der letzten Ausgabe des CSU-Blattes an der Reihe war. Doch auch durch ständige Wiederholung wird dieses Lied nicht wahrer. Dies sei an zwei Beispielen erneut deutlich gemacht.

Bayerns Staatsminister Dick hat unlängst erklärt, daß Bayern und besonders die strukturschwachen und peripheren Gebiete bei der räumlichen Verteilung von Bundesbehörden und damit Bundesbediensteten deutlich benachteiligt sei. Er verwies in diesem Zusammenhang auf angebliche eigene Leistungen, mit denen die Bayerische Staatsregierung durch Neugründungen von Universitäten und Fachhochschulen deutliche Zeichen gesetzt habe. Gerade im Hochschulbau liegen aber beispielsweise die Dinge anders, als sie im Filter der Selbstdarstellung der Landesregierung den bayerischen Bürgern nahegebracht werden sollen. Immerhin wird die Planung neuer Hochschulen nicht durch ein Land allein vorgenommen, sondern zwischen Bund und Ländern in den Gremien der Gemeinschaftsaufgabe "Hochschulbau" beraten und die Finanzierung gemeinsam sichergestellt. Darüber hinaus wurden dem Hochschulbereich in den letzten Jahren erhebliche Mittel der Forschungsförderung vom Bund - gerade auch in Bayern - zur Verfügung gestellt.

Irreführend ist auch die Darstellung der Verteilung der Bundesbediensteten, nach der Bayern mit 19 Bundesbediensteten je 1.000 Einwohner durchweg unter den Vergleichszahlen etwa der vier norddeutschen Länder, die bis zu 29 Bundesbedienstete pro 1.000 Einwohner aufwiesen, liege. Tatsächlich entspricht der Bevölkerungsanteil Bayerns an der Einwohnerzahl des Bundesgebietes mit rund 17,6 Prozent genau dem Anteil der Bundesbediensteten in Bayern. Die Zahl für Bayern entspricht dem Durchschnittswert für das Bundesgebiet. Es ist darüber hinaus sicher unsachlich, die Daten für das Flächenland Bayern in einen Vergleich mit entsprechenden Werten für die Stadtstaaten Bremen oder Hamburg zu stellen. Ein Vergleich mit diesen Stadtstaaten wäre nur im Blick auf die Landeshauptstadt München zulässig. Die Tatsache, daß im Raum München ein Fünftel der bayerischen Bevölkerung lebt, hat zu einer Konzentration auch von Bundes- und Landesbehörden geführt. Dies trifft auch für die Stadtstaaten in ähnlicher Weise zu. Im Jahr 1978 lagen die Vergleichszahlen in München mit 36 Bundesbediensteten je 1.000 Einwohner oder Nürnberg mit 52 Bundesbediensteten weit über dem Bundesdurchschnitt, vor allem auch weit über den Daten für Bremen etwa mit nur 27 Bundesbediensteten je 1.000 Einwohner. Von einer Benachteiligung Bayern in diesem Punkt kann also überhaupt keine Rede sein. Der bayerische Staatsminister weiß darüber hinaus auch aus gemeinsamen Beratungen über die Entscheidung zur Standortpolitik für Behörden in Bund und Ländern, die Ende 1981 in der Ministerkonferenz für Raumordnung einstimmig verabschiedet wurde, daß die genannten Vergleichszahlen für alleiniges Kriterium für die Beurteilung einer Strukturschwäche und damit der "Bedürftigkeit" im Sinne der Standortwahl für Behörden sein können.

Gerade im Interesse unseres gemeinsamen Anliegens, die strukturschwachen Räume auch durch die Standortpolitik für Behörden stärker zu fördern, wäre es deshalb dringend zu empfehlen, künftig auf derartige einseitige Darstellungen zu verzichten.

(- / 22.4.1982 / hl / ca)

+ + +